

MBI: Zum Etat 2019 der Stadt Mülheim an der Ruhr zu verabschieden (oder auch nicht) in der Ratssitzung am 6. Dez. 2018

Pleite, pleiterer, Mülheim: Hoffnungsloser Sanierungsfall oder Chaos pur?

**Vorwort: Nüchterne Lagebeschreibung nach über 1 Jahrzehnt
Misswirtschaft+Mischung aus Dilettantismus und Größenwahn**



Unsere Stadt Mülheim/Ruhr hatte bisher abgesehen von den Stadtfinanzen als Ruhrgebietsstadt weniger strukturelle Probleme als viele Nachbarstädte. Die Arbeitslosigkeit war stets vergleichsweise niedrig, die lokale Wirtschaft ist ausgesprochen robust und diversifiziert und das Durchschnittseinkommen liegt mit ca. 38.000 € sogar deutlich über dem NRW-Durchschnitt.

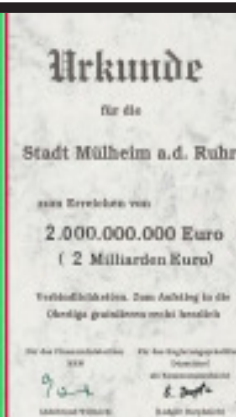
Dennoch hat unsere Stadt inzwischen die mit Abstand höchste Pro-Kopf-Verschuldung aller NRW-Großstädte und hatte laut Bertelsmann-Studie im letzten Jahrzehnt das höchste Verschuldungstempo aller deutschen Großstädte. Noch viel gravierender aber ist: Mülheim ist als einzige Großstadt weit und breit seit Jahren auch bilanziell überschuldet mit dramatischen Zuwachsraten, hat also ein negatives Eigenkapital. Zweck und Ziel jeder Haushaltsplanung, von Haushaltssicherungskonzepten, Sanierungsplänen oder Stärkungspaktmitteln einer finanzschwachen Kommune oder eines kriselnden Betriebes ist es, den Eintritt der bilanziellen Überschuldung zu verhindern, weil das eigentlich

Zahlungsunfähigkeit bedeutet und ein Insolvenzverfahren in Gang setzen müsste. Mit anderen Worten: Seit Jahren ist die Finanzlage der Stadt Mülheim gesetzeswidrig, weil die dauerhafte bilanzielle Überschuldung weder vorgesehen, noch erlaubt ist.

Exkurs: Ab dem Jahresabschluss 2013 ist Mülheim hochgradig auch bilanziell überschuldet, das sog. "Eigenkapital" besteht also nur noch aus Schulden. Oder anders ausgedrückt:

Selbst, wenn die Stadt alles verkaufen würde, was sie besitzt inkl. aller Straßen, Grünflächen, Schulen, Aktien usw., und für ausnahmslos alles den bilanzierten Wert ausgezahlt bekäme und zur Schuldentilgung nähme, wären Ende 2019 noch fast 600 Mio. € an Schulden übrig. (Das aber veranlasste auch die Finanzaufsicht des Landes über Jahre zu keiner Maßnahme o.ä., obwohl bekanntlich das Land NRW für seine Städte haftet, anders als z.B. in den USA, wo Detroit wegen ähnlicher Lage als Stadt Konkurs anmelden musste mit radikalen Einschnitten und bitteren Folgen.)

Wirtschaftsboom, Niedrigstzinsen und sprudelnde Steuereinnahmen haben in den letzten 3 Jahren auch den meisten deutschen Städten Überschüsse beschert. Alle Ruhrgebietsstädte außer Mülheim konnten endlich nach langer Zeit zumindest ausgeglichene Haushalte vorweisen und selbst Duisburg mit viel größeren Soziallasten als Mülheim konnte sogar 120 Mio. Kassenkredite abbauen. Laut Ernst&Young (WAZ vom 20.11.) sank die Verschuldung aller Kommunen um 3,5% außer bei 10 deutschen Städten, wo im Schnitt die Verschuldung um 0,7% anstieg, in Mülheim sogar um 5,5%. Kurzum: Die zu Ende gehende Boomphase hat das Mülheimer Finanzdesaster nicht gebremst, einen Crash nur hinausgeschoben. Dass kaum jemand in Verwaltung und Mehrheit der Politik etwas anderes als "Weiter wie gehabt" im Sinn hatte, zeigte erneut nicht nur der Ende Aug. eingebrachte Etatentwurf, sondern auch die gesamte Entwicklung dieses Jahres mit einer Hiobsbotschaft nach der anderen bis hin zum verheerenden neuesten Finanzabenteuer, der VHS-Schließung. Zu allem Überflus hatte man nichts Besseres zu tun als monatelanges kleinkariertes Gezänk zur Lapalie „Causa Scholten“. b.w.



Wie konnte es nur zu dem außerordentlichen Etatdesaster im eigentlich privilegierten Mülheim kommen?

Über Jahre haben die MBI auf die Ursachen hingewiesen und eindringlich gewarnt. Hat auch die populistischen Grünen nicht interessiert, die seit Jahren nicht nur jeden „Haushalt“ mitgetragen haben, sondern auch noch die Haushaltslöcher kräftig mit vergrößert haben, weil sie etliche Klientels zusätzlich bedienten als Tribut für ihr Wohlverhalten. Und: Mehrfach haben sie die MBI öffentlich und heftig attackiert, weil wir vor der aufziehenden Etatkatastrophe warnten.

Der Kämmerer nannte bisher neben dem Jammern über zu wenig Einnahmen durch Gewerbesteuer (welche bisher im wirtschaftsstarke Mülheim relativ zur Einwohnerzahl stets üppiger ausfiel als in den meisten anderen Ruhrgebietsstädten!) 2 wichtige hausgemachte Gründe für das Finanzdesaster: 1.) der teure ÖPNV und 2.) die enormen Kosten für die vielen PPP-Projekte (eingedeutscht ÖPP=Öffentlich Private „Partner“-schaften)

Das ÖPNV-Desaster als Ausdruck extremer Kirchturmspolitik

zu 1.) Mit jährlich ca. 35 Mio. € Zuschuss ist der Mülheimer öffentliche Nahverkehr extrem teuer und das auch noch, wo der ÖPNV in Mülheim wenig attraktiv und noch weniger effektiv ist. Aus der Logik der Kämmerer, sowohl des jetzigen wie seines Vorgängers, alias „Bonanopulos“, soll dieses Defizit verringert werden mit „Bus statt Bahn“. Weil eine Ratsmehrheit dem folgte, wurden bereits einige StraBa-Äste stillgelegt (Flughafenast der 104, Linie 110 nach Styrum). Seit Jahren quält man sich zusätzlich mit dem Ansinnen, auch noch den Kahlenbergast der 104 ganz aufzugeben und die Grünen sind in dem Punkt voll dabei! Nun müsste das Land dafür mind. 16 Mio. € Rückzahlung einfordern. Das will man dem RP dennoch irgendwie abverhandeln. Doch: Trotz der bisherigen Stilllegungen sind die ÖPNV-Zuschüsse nicht weniger geworden.

Nun liegt Mülheim mitten zwischen Duisburg, Oberhausen und Essen mit z.T. nahtlosem Übergang. Es ist absurd, in der Mitte das Straßenbahnnetz ausdünnen, wenn man die dringend erforderliche Verkehrswende im westlichen Ruhrgebiet wirklich angehen will. Weil aber Nahverkehrsplanung einzig Sache des jeweiligen Kirchturms ist, passiert außer immer neuen Gutachten, unnützen



Koordinierungsproblemen und -palavern mit den Nachbarstädten usw. nichts in der Richtung.

Seit vielen Jahren fordern die MBI die Fusion der einzelnen Verkehrsgesellschaften sowie einen einzigen Nahverkehrsplan für das Revier. Dass die Einzelkirchtürme von sich aus keine Entscheidungshoheit aufgeben würden, ist logisch. Deshalb muss das Land die Beseitigung dieses riesigen Missstands in die Hand nehmen. Anders wird aus Verkehrswende nichts wirklich.

Der Irrweg der Privatisierung kommunaler Pflichtenaufgaben

zu 2.) Zu Beginn des Jahrtausends bewerkstelligte Mülheim die fast vollständigen Teilprivatisierung (=Verkauf von Anteilen) der Ver- und Entsorgung: Müllabfuhr und Straßenreinigung zu 49% an Trienekens (später RWE, heute Remondis), Gas- Wärme- und Energiedienstleistung zu 49% an Rhenag, dann RWE als medl-GmbH, Wasserversorgung zu 80% an RWE, Abwasser zu 75% an medl, d.h. zu 38,5% an RWE. Dadurch floss vorübergehend viel Geld in die Stadtkasse hauptsächlich beim Wasserwerksverkauf und die Stadt benötigte 2003 keine Kassenkredite, die übrigens vor 1998 nie benötigt wurden. Ab 2004 bis heute stiegen die Kassenkredite dann exponentiell Jahr für Jahr und sie betragen heute fast 1,2 Milliarden € bei Gesamteinnahmen inkl. aller Zuschüsse von ca. 750 Mio./Jahr. Ab 2006 stieg man dann auf immer mehr PPP-Projekte um als Umwegfinanzierung,



weil die nicht mehr als Investitionen im Haushalt auftauchten, sondern später unter Mieten mit jährlichen Preisanpassungen, versteht sich. So konnte Mülheim sich 2 neue, z.T. völlig überdimensionierte Feuerwehren leisten, ohne den erlaubten Investitionsrahmen zu belasten. Aber auch ein neues Medienhaus (statt der vorherigen Bücherei), die Sanierung der 3 größten Schulen im Paket inkl.

der 25-jährigen Betreuung durch den Baukonzern Strabag, die Umgestaltung des Restrathauses, das völlig neue stadtgeschichtliche Museum inkl. Musikschule und Stadtarchiv usw. in der ehemaligen Augenklinik, das Haus der Wirtschaft inkl. Gründermuseum in der ehemaligen Firmenzentrale von August Thyssen, und kleinere Projekte wie Kitas o.ä. konnte man sich per PPP aufwendig leisten, obwohl man eigentlich schon dafür kein Geld mehr hatte. Hinzu kamen noch etliche Anmietungen von fremden Gebäuden, weil für das Prestigeprojekt Ruhrbania bestehende Infrastruktur zerstört wurde, um Bauland in der Innenstadt anbieten zu können – so z.B. anstelle des Rathausneubaus Anmietung eines umgebauten Wohnturms (einst für Sozialen Wohnungsbau) als "Technisches Rathaus" oder Anmietung eines leerstehenden ex-Möbelhauses als umgebautes neues Bürgeramt, damit das vorherige Bürgeramt für das Medienhaus abgerissen werden konnte um für Ruhrbania die Bücherei am Rathaus beseitigen zu können.

Den Verkauf städtischer Altenheime hatte 2005 ein erfolgreicher Bürgerentscheid verhindert. Der Bürgerentscheid 2007 gegen PPP-Projekte scheiterte ganz knapp am damals noch gültigen 20%-Quorum in NRW, aber auch daran, dass Ver.di und Grüne sich zu den PPP-Befürwortern von SPD, CDU und FDP gesellten.

Und so sitzt heute die durchprivatisierte Stadt auf einem hohen, unabänderlichen Sockel an festen Ausgaben für Mieten u.ä., weil per PPP usw. auf 25 Jahre gebunden.

"Natürlich" gibt es noch weitere wichtige hausgemachte Verursacher des Mülheimer Finanzdesasters wie ein überverhältnismäßig aufgeblähter Personalbestand inkl. der aus dem Kernhaushalt ausgegliederten GmbHs, Filz-Vettern- und Cousinenwirtschaft in Rot-Schwarz-Grün und ein wenig Gelb schillernd und mit heftigen Korruptionsskandalen, unverantwortliche Spekulationsgeschäfte wie swaps und Währungskredite, wo man den Beratern auf den Leim ging und mit 20 bis 30 Mio. Minus abschloss uswuf...

Mülheim weiter im Absturzmodus: Auch das HSK 2019 ist ideen- und lieblos, somit trotz zusätzlicher Landesgelder perspektivlos!

Unsere eigentlich reiche Stadt hat neben der bilanziellen Überschuldung in Zukunft noch viele Fehlentwicklungen der Vergangenheit abuzahlen, auch für bedenkliche Korruptions- und Selbstbedienungsgeschichten von Baganz und Mühlenfeld bis hin zu Yassine, Bultmann, Bremekamp, Rinas usw. und zuletzt Bonans fürstliches Gehalt als neuer ÖPNV-Chef ohne Vorerfahrung. Zusätzlich hat Mülheim viel zu viele ausgegliederte und teilprivatisierte Gesellschaften der Daseinsvorsorge, die außerhalb des Kernhaushalts agieren, hat, hat, ist, hat, ist, hat

Wer nun angenommen hatte, bei der Aufstellung des Etats der Stadt Mülheim für

2019 würde das alte Haushaltssicherungskonzept (HSK) vollständig zu einem Haushaltssanierungsplan (HSP) überarbeitet, um den Ansprüchen als Stärkungspaktkommune zu genügen, der sah sich wieder einmal getäuscht. Der "neue" HSP ist bis auf Kleinigkeiten und die erhofften Zusatzeinnahmen durch den Stärkungspakt nur die Kopie des letztjährigen, welcher bereits zumeist nur die vorherigen HSK`s seit 2010(!) kopiert hatte. Es wurden meist nur die Jahreszahlen ausgewechselt, und das alles, obwohl etliche gravierende Änderungen eingetreten sind im Vergleich selbst zu den Annahmen zuletzt bei der Verabschiedung der Haushalte 2016, 2017 und 2018, aber auch bei den HSK`s der Vorjahre. Letzten Dez. genehmigte der RP nachträglich noch einmal den Etat 2017, um 31 Mio. Stärkungspakt auszahlen zu dürfen. Das half aber nichts und der Etat 2018 bleibt ungenehmigt, 32 Mio. Landesgelder dürfen nicht ausgezahlt werden. Und nun: Hängen im Schacht? Nein: Die „kreative“ Mülheimer Haushaltsführung schafft auf dem Papier erneut einen wundersamen Haushaltsausgleich mit einem Pauschalsparpaket von 34 Mio. und ein paar Absichtserklärungen zu ÖPNV und zu Reduzierung von Personal bei einem aufgeblähten Bestand als Spitzenreiter weit und breit.

Selbst wenn die ca. 160 Mio. Zuschüsse aus dem "Solidarpakt Stadtfinanzen" über 5 Jahre doch noch fließen würden, ist so der finanziell weitere Absturz nicht zu verhindern, wird bestenfalls etwas verlangsamt!

Aussagekräftiger als jährliche Schönrechnereien für fiktive Haushaltsausgleiche irgendwann sind ohnehin die Gesamtergebnisse der Etatplanung, z.B. was die Entwicklung der Kassenkredite und des Eigenkapitals betrifft. Die explosionsartig im letzten Jahrzehnt hochgeschnehten **Kassenkredite** werden laut vorliegender Haushaltsplanung weiter wachsen, was z.Zt. wegen der Niedrigzinsen nicht so dramatisch erscheint, allerdings **ein enormes Absturzrisiko für die Zukunft bedeutet, wenn die Zinsen steigen sollten.** b.w.



Der Kämmerer und sein Vorgänger behaupteten bisher noch jedes Jahr, die Defizite würden Jahr für Jahr weniger und 2020 habe Mülheim einen ausgeglichenen Haushalt (den ersten seit 1998!), danach sogar jährlich Überschüsse. **War immer absehbar reinste Fantasiererei und auch für den Etat 2019 werden die Annahmen wie jedes Jahr wieder nicht zutreffen, weil erneut unreal und vollständig unseriös!**

Wie nämlich das ganze zu bewerkstelligen sein könnte, ohne bei den bisherigen Schuldentreibern wie Personalkosten, konzeptlose ÖPNV-Defizite, gigantischer Zuschussbedarf für die dilettantische Immobilienwirtschaft, vor allem für die vielen PPP-Projekte mit ihren langjährigen hohen Verpflichtungen, enormen Lasten für eine Politik als Musterstadt für Flüchtlinge, uswuf. anzusetzen, ist bereits rein rechnerisch ohne gehörige bilanzielle Trickserei unmöglich. Die diversen Schattenhaushalte im Rahmen der ausgegliederten Beteiligungsholding sind nach Reduzierung der RWE-Dividende ebenfalls zum riesigen Zuschussbetrieb für den Kernhaushalt geworden. Billigstzinsen gibt es bereits seit Jahren, so dass sie zum plötzlichen Gesunden der Rekordverschuldung wenig beitragen werden. Sie haben in den letzten Jahren die jährlich hohen Defizite bereits gedämpft, ansonsten wären diese ins Astronomische hochgeschneit.

Da die Ausgaben absehbar weiter in die Höhe schnellen werden, könnte ein Haushaltsausgleich theoretisch nur durch massiv gesteigerte Einnahmen möglich sein. Die Hoffnung, in 2020 ca. 30 Mio. mehr Gewerbesteuer einzunehmen trotz des Aderlasses verschiedener Mülheimer Großfirmen ist mehr als optimistisch. Doch selbst wenn das zu erzielen wäre, würde das zusammen mit den Stärkungspakt-Millionen die zu erwartenden Mehrausgaben nicht ausgleichen können.

Kurzum: Es kann alles hinten und vorn nicht stimmen, was als Haushalt inkl. "Haushalts-sanierungsplan" erneut vorgelegt wurde. Auch eine wohlgesonnene Finanzaufsicht in Düsseldorf kann die Grundregeln von Adam Riese auf Dauer nicht weiter außer Kraft setzen, sondern höchstens erneut etwas Zeit schinden. (Athen oder Rom lassen grüßen!). Doch wie die neue Landesregierung, in der Mülheim nicht mehr derart bedeutend vertreten ist wie zuvor, auf Dauer mit dem Extremfall Mülheim umgehen wird, ist unklar.

Die MBI werden dem Haushalt der Stadt Mülheim für 2019 nicht zustimmen, weil erneut unseriös und perspektivlos. Auch der jährlich angedrohte Sparkommissar kann nicht schocken. Was würde denn passieren, wenn der Rat dem Etat nicht zustimmt? Dann müsste der RP als „Sparkommissar“ nicht nur wie bisher jede Maßnahme genehmigen, sondern selbst aktiv tätig werden. Eine Diskussion über Sparmaßnahmen und Umstellung von Weichen würde eventuell überhaupt erst beginnen. Das Land haftet auch für Mülheim, deshalb kann es der hoffnungslos überschuldeten Stadt keine Hilfe verweigern, auch nicht den Stärkungspakt!

Natürlich sind auch die MBI dafür, dass Mülheim geholfen werden muss, u.a. mit dem Stärkungspakt und mit einer Art Schuldenerlass. Dies aber wird wirkungslos verpuffen und alle Hilfen in einem inzwischen riesigen Fass ohne Boden verschwinden, wenn "Weitermachen wie gehabt" vor Ort weiter praktiziert wird, was das haftende Land auf Dauer nicht zulassen werden kann.

Die bisherige Devise von "Nach mir die Sintflut" türmte nur die bereits übergroß aufgetürmten Probleberge der Stadt Mülheim weiter auf! Ob nun mit oder ohne Sparkommissar: Der lange überfällige Einstieg auch in Mülheim in ernsthaftere Befassung mit Möglichkeiten für mittel- und längerfristige Strategien von Haushaltskonsolidierung muss beginnen. Kurzfristig ist schon lange alles verbaut. Dennoch oder gerade deshalb:

Schluss mit Prestigeprojekten, Umwegfinanzierung, "kreativer Buchführung" und verschwenderischer Kirchturmspolitik! Einstieg in wirkliche Haushaltssanierung würde u.a. bedeuten:

- ◆ Gutachteritis, Luftschlösser, Prestigeprojekte u.ä. schnellstens zu beenden bzw. zu begrenzen, ob weitere Ruhrbania-Baufelder, Abriss Hochstr. Tourainer Ring, VHS-Verlagerung uswuf..
- ◆ Loslösung vom RWE durch Verkauf oder Tausch der Aktien z.B. gegen medl- oder RWW-Anteile
- ◆ unverzüglich die Stadtpolitik konsequent in Richtung Ruhrstadt oder Teilmetropole Ruhr-West umzuorientieren, d.h. auch Verschmelzung ganzer Teilbereiche mit Nachbarstädten und Abgabe von Entscheidungskompetenzen, u.a. gemeinsamer ÖPNV mit fusionierter Verkehrsgesellschaft auch mit DU, OB u.a. einheitliche Gewerbesteuer, koordinierte Baulandausweisung mit zuvor festgelegten Tabuzonen, Zusammenlegung und Arbeitsteilung von Behörden sowie Gesellschaften mit den Nachbarstädten
- ◆ Sukzessive Auflösung aller Ausgliederungen, ob städtisch oder teilstädtisch, und Rücküberführung in den Kernhaushalt bzw. in gemeinsame Bereiche mit Nachbarstädten
- ◆ Den Immobilienservice (IS) auf gänzlich andere Füße stellen, das Rathaus schnellstmöglich zurückkaufen
- ◆ eine offenere, tabulose Bürgerbeteiligung **vor** den Entscheidungen.